

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	66 (1987)
<b>Heft:</b>	6
<b>Artikel:</b>	Ein offener Brief, eine Tagung und noch ein Brief : Dialog Juden und Sozialismus
<b>Autor:</b>	Maissen, Toya
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-340491">https://doi.org/10.5169/seals-340491</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

einer einvernehmlichen Erklärung vielmehr zu einem Dokument der Uneinigkeit geworden. Uneinigkeit insbesondere darüber, was den Transfer von «sensitiven», vielfältig verwendbaren Technologien betrifft. Die Atommächte waren nicht gewillt, die Federführung der A-Waffenentwicklung aus der Hand zu geben. Für diese Option waren sie – in seltenem Einmut beidseits der Systemgrenze – bereit, die wirtschaftlichen Einschnitte, die diese Stellung nach sich ziehen, in Kauf zu nehmen. Nicht gescheitert ist aber die Konferenz, wenn man bedenkt, dass am atomgläubigen Kurs der Regierungen in Industrie- und Dritt Weltländern nicht gekratzt wurde. Im Genteil: Mit der Anpreisung von den dortigen Gegebenheiten angeblich angepassten neuen Ent-

wicklungen wie Kleinreaktoren wurde der Weiterausbau der Atomprogramme den Entwicklungsländern schmackhaft gemacht. Die Schweiz – als Nicht-UNO-Mitglied lediglich mit einem Beobachterstatus – fiel an der PUNE-Konferenz nicht besonders auf. Weit über unsere Landesgrenzen bekannt aber ist, dass die Schweiz an der Spitze der Kleinreaktorentechnologie ist. Die drei Schweizer Modelle – EIR, SIN und BBC – müssen sich gegen eine starke Konkurrenz behaupten. Eine UNO-Konferenz bietet da die willkommene Gelegenheit, in den «Wandelhallen» allfällige Zweifler von der Qualität schweizerischer High-Tech-Wertarbeit zu überzeugen. Als idealer Einstieg in die herbeigesehnte, aber oftmals nicht finanzierbare Atomära wurden

die nichtenergetischen Anwendungen wie Lebensmittelbestrahlung propagiert. Der Hinweis von ICED zum Beispiel, dass den Entwicklungsländern Technologien verkauft werden sollen, die hier bei uns auf breite Ablehnung stossen, öffnete manchem Technologen und Politiker der Dritten Welt die Augen. Unterm Strich aber, so die einhellige Bilanz aller Beobachter, lief die Werbemaschinerie der IAEA, wie sie nicht besser hätte laufen können. Wohl für manches Geschäft der nächsten Jahre wurde während der drei Wochen Konferenzdauer der Boden gelegt, und wohl etliche Technokraten sahen sich in der versammelten Atomgemeinde bestätigt, auf dem richtigen Weg in die Verheissungen der industrialisierten Welt zu sein.

*Ein offener Brief, eine Tagung und noch ein Brief*

## Dialog Juden und Sozialismus

*Von Toya Maissen*

Anfang April war der israelische Staatspräsident, Chaim Herzog, Gast des Bundesrates. Zu diesem Anlass hatte die Vereinigung «Kritischer Juden der Schweiz» (KJS) zusammen mit dem christlichen Friedensdienst (cfd) in Bern einen Offenen Brief an den Bundesrat gerichtet. 23 verschiedene Organisationen, darunter auch Gewerkschaftssektionen, aber keine Parteien, dafür Hilfswerke und Teile der Friedensbewegung hatten den Brief (siehe Seite 21) unterzeichnet.

Angefragt wurde auch die SPS und die SP von Stadt und Kanton Zürich. Allerdings ohne Erfolg.

Fast gleichzeitig mit dem Besuch des israelischen Staatspräsiden-

ten organisierte die Sektion SP Zürich 2 eine Tagung mit dem Titel «Dialog – Juden und Sozialismus» im Volkshaus, mit der Unterstützung der Israelischen Cultusgemeinde Zürich, an der etwa 50 Personen teilnahmen. Die Tagung war notwendig und wichtig, da die Sorge jüdischer Kreise, hinter der teilweise Unterstützung der SP für das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk steckten auch antisemitische Beweggründe, nie ganz ausgeräumt werden konnte. Diese Sorge kam auch wieder zum Ausdruck, als die SP Basel-Stadt für die kommenden eidgenössischen Wahlen die Listenverbindung unter anderem mit den Progressiven Organisationen

bekanntgab. Basler Juden forderten die SP Basel-Stadt auf, sich von den POB, vor allem aber von deren rüden antizionistischen Parolen zu distanzieren, die allerdings in keinerlei Zusammenhang mit der Listenverbindung stehen. Zumal eigentlich bekannt sein müsste, dass Listenverbindung nicht eine Verschmelzung oder gar Übernahme von irgendwelchen Programmen bedeutet, sondern eine numerische Frage bei Wahlen ist.

Die Tagung der Zürcher SP wurde unter anderem begründet mit dem gegenwärtigen Zeitgeist (Erfolge der NA, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus), Missverständnisse sollten abgebaut werden, eine Basis für ge-

meinsame Aktivitäten gefunden werden. Neben anderen nahm auch die «Neue jüdische Vereinigung» teil. Nicht erwünscht waren jedoch die «Kritischen Juden der Schweiz».

Das sogenannte «Hurwitz-Syndrom» scheint auch, was diese Tagung betraf, voll durchgeschlagen zu haben. Ich forderte Jochi Weil, Vertreter der Kritischen Juden und Sekretär der «Central Sanitaire Suisse», auf, in der «Roten Revue» Stellung zu nehmen und sich auch aus seiner Sicht zum Verhältnis der SP im Umgang mit «ihren» Juden zu äussern.

Es ist unübersehbar geworden, dass seit dem Austritt des ehemaligen Zürcher SP-Kantonsrates Emanuel Hurwitz die SP

nicht mehr weiss, wem sie es recht machen soll.

Die Partei, in dieser Angelegenheit von allen Seiten kritisiert, ja teilweise auch in ungerechtferriger Weise denunziert, sollte ihr Selbstbewusstsein, das nie antisemitisch, aber offen auch für das Los der Palästinenser war, unbedingt wieder finden. Nur Offenheit auf allen Seiten kann hier Abhilfe schaffen.

Dass es daran mangelt, zeigte mir der Begleitbrief des Genossen Jochi Weil, steht doch darin folgender Satz: «Die redaktionelle Überarbeitung möchte ich Dir überlassen, Du kennst die internen Strukturen in der SP und weisst deshalb, was wie gesagt werden darf, damit nicht

sofort die Rolläden heruntergelassen werden.»

Es darf alles gesagt werden, was unseren Zielsetzungen dienlich ist, dazu gehört auch der offene Dialog zwischen allen Kräften, die auf einen Frieden hinarbeiten. Das gilt so gut für die «Kritischen Juden» wie für die «Neue jüdische Vereinigung» oder für die «Israelitische Cultusgemeinde». Ganz besonders aber für alle Meinungen innerhalb der SP, auch für unsere jüdischen Genossinnen und Genossen, zu welchem Flügel sie sich auch zählen mögen.

Wir drucken deshalb das Einführungsreferat zur Tagung von Ernst Erdös und der Beitrag von Joch Weil, zwei jüdischen Exponenten innerhalb der Linken.

## *Die Arbeiterbewegung und die Juden*

# Die Linke und der Zionismus

*Von Ernst Erdös*

Wir beschäftigen uns hier mit den Juden und mit dem Zionismus. Das ist nicht dasselbe, aber auch nicht ohne weiteres zu trennen. Für den Juden ist nach den Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg Israel etwas, was er zwar heftig kritisieren mag und nach Meinung des Verfassers auch durchaus soll, an dem er sich aber nicht einfach desinteressieren kann. Umgekehrt ist manche, aber nicht jede Kritik an Israel durch antijüdische Emotionen aufgeladen, die als «historisches Erbgut» unterschwellig fortwuchern.

Es wäre falsch, eine solche Untersuchung, und sei sie noch so kurz und fragmentarisch wie die vorliegende, nur im Bereich der Ideologie zu führen, sondern es soll wenigstens andeutungsweise versucht werden, die soziale Basis des Verhältnisses

der Arbeiterbewegung zu den Juden zu umreissen, also als soziale Erscheinung zu betrachten.

### *Veränderung in der Arbeiterbewegung*

In der Zeit der zweiten Internationale, also etwa zwischen 1890 und 1933, bestand zwischen einem Teil der Judenheit und der Arbeiterbewegung eine fruchtbare Symbiose (1). Die Arbeiterbewegung bedurfte in einem bestimmten Ausmass intellektueller Kader. Diese standen ihr besonders in Mittel- und Osteuropa nur in ungenügendem Masse zur Verfügung; die Studentenschaften waren bürgerlich bis offen reaktionär, und so waren es oft Juden, in Russland auch Vertreter ande-

rer nationaler Minderheiten wie Georgier, Armenier, welche diese Rolle übernahmen, da sie wie die Arbeiter ausserhalb des nationalen Konsensus, ausserhalb der intellektuellen Kameraderie und vor allem ausserhalb anderer Aufstiegsmöglichkeiten standen. In Deutschland, in Österreich, in Polen, in Russland wären Hunderte von Namen zu nennen, in der Schweiz relativ wenige, ich denke an David Farbstein, Valentin Gittermann, Josef Halperin. Basis dieser Symbiose bildete das ostjüdische Proletariat und dessen leidenschaftlicher Kampf gegen die nationale Unterdrückung durch den Zarismus und die soziale Ausbeutung durch das Kapital, sei es russisches, sei es polnisches, sei es jüdisches. Es war kein Zufall, dass die drei genannten jüdi-